



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Pandemiebekämpfung europäisch denken und Grenzregionen stärker unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich für eine besser abgestimmte europäische Strategie zur Eindämmung des Coronavirus einzusetzen. Dies umfasst insbesondere den Umgang mit Gebieten, die eine hohe Inzidenzrate oder eine starke Verbreitung von problematischen Mutationen aufweisen. Mit den direkten Nachbarstaaten soll hierzu jeweils unter Beteiligung des Bundes und der Grenzlandkreise eine gemeinsame Task-Force eingerichtet werden.
- angesichts der herausfordernden Lage in den Grenzregionen die entsprechenden Landkreise mit zusätzlichen Testkapazitäten zu unterstützen und darüber hinaus eine systematische Testung der Bevölkerung zu prüfen.
- sich mit Blick auf künftige Pandemielagen für ein umfassendes Mandat der geplanten EU-Agentur HERA (European Health Emergency Preparedness and Response Authority) einzusetzen. Sie soll in Zusammenarbeit mit der bestehenden EU-Agentur zur Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) eine starke Rolle in der Koordination und Abstimmung grenzüberschreitender Maßnahmen einnehmen.

Begründung:

Das Infektionsgeschehen in den Grenzregionen ist nach wie vor besorgniserregend. Die in der Folge ergriffenen Einschränkungen für den Reiseverkehr ziehen zahlreiche Probleme sowohl für die Menschen als auch für Logistik und dort ansässige Betriebe nach sich. Nach einem Jahr Pandemie sind wir erneut in der wenig zufriedenstellenden Situation, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht mehr über die Grenze zur Arbeit können und Familien bzw. Paare an Landesgrenzen getrennt werden. Laut Umfrage der bayerischen Industrie- und Handelskammern vom 18. bis 21. Februar spürt fast jeder zweite Betrieb die negativen Auswirkungen durch die neuen Grenzregelungen. In den Grenzlandkreisen sind es sogar 59 Prozent. Hauptkritikpunkt ist dabei die Verzögerung bei Lieferungen. In den Grenzlandkreisen kommt die eingeschränkte Verfügbarkeit von pendelnden Mitarbeitenden hinzu. Um dieser Herausforderung besser begegnen zu können, sollen die Landkreise mit zusätzlichen Testkapazitäten ausgestattet werden. Auch eine Reihentestung soll geprüft werden, um die Ausbreitung problematischer Virusmutationen zumindest zu verlangsamen.

Insgesamt braucht es innerhalb der EU eine stärkere gemeinsame Strategie zur Eindämmung der Pandemie. Die bisherigen unregelmäßigen Ratsempfehlungen haben

sich zur Koordinierung des Vorgehens als unzureichend herausgestellt. Neben einem Einsatz auf europäischer Ebene für ein solch besser koordiniertes Vorgehen kann die Staatsregierung mit unseren Nachbarstaaten ganz konkret an einer besseren Koordination arbeiten. Zielführend wäre jeweils eine Task-Force, die alle Beteiligten an einen Tisch bringt: den Bund, den Freistaat, die betroffenen Landkreise und die entsprechenden Stellen der Nachbarstaaten. Baden-Württemberg unterhält z. B. mit der Schweiz einen regelmäßigen wöchentlichen Austausch, um sich über beabsichtigte Maßnahmen und auftretende Probleme auszutauschen und letztere zu lösen.

Um auf künftige Pandemien besser reagieren zu können, muss die EU im Gesundheitsbereich stärker aufgestellt werden. Die geplante EU-Agentur HERA kann hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten, wenn sie mit einem starken Mandat ausgestattet wird. In Zusammenarbeit mit der bereits bestehenden Agentur zur Prävention und Kontrolle von Krankheiten soll sie neben Forschung und Beschaffung auch eine zentrale Rolle bei der grenzübergreifenden Koordination von Maßnahmen übernehmen. Hierzu müssen auch die verantwortlichen Stellen in den Mitgliedstaaten besser miteinander vernetzt werden.